

Eigenständig statt abhängig

Wir müssen die energetische Eigenständigkeit fördern. Mit allen Mitteln.

Das Politikum des Jahres bleibt die Versorgungssicherheit der Schweiz im Energiebereich. Sie könnte sich noch zuspitzen, falls nicht bald Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland zustande kommen.

Viele Bürgerinnen und Bürger begegnen dem Thema mit Unverständnis. Wie konnte es bloss so weit kommen?

Nach der Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima im März 2011 erfolgte im Westen ein energiepolitisches Umdenken. In der Schweiz wurde der Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen, und die Klimapolitik rief nach dem Verzicht auf Kohle und fossile Brennstoffe.

So weit, so gut. Bloss sorgte die Energiestrategie parallel dazu nicht für Ersatz. Statt die inländische Produktion zu stärken, verliess man sich auf den globalen Markt. Man wähte sich auf der sicheren Seite. Von Deutschland der Gas-Strom, von Frankreich der Atom-Strom. Der Umweltschutz leistete es sich, den Ausbau der Wasserkraft im Stil eines lustvollen Hobbys zu verhindern. Die Solarenergie kam trotz aller Bemühungen der letzten Jahre nie über einen einstelligen Prozentanteil am Strommix hinaus. Die Geothermie ist bis jetzt ein totaler Reifall und Windparks will kaum jemand.

Die Schweiz setzte einseitig auf eine Importstrategie für die Win-

termonate, in welchen wir zu wenig Strom haben, und hat auch trotz Bemühungen bis heute keine Gaslager. Bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges schien das zu genügen. Jetzt wissen alle um die Abhängigkeit dieser Strategie. Die Importstrategie wankt, zumal niemand weiss, wann die französischen Atommeiler wieder ans Netz gehen und ob das Gas von Italien oder von Deutschland in die Schweiz kommt.

Fazit: Das Kernkraftwerk Mühleberg wurde in der ganzen Aufbruch- und Umbaustimmung zu voreilig vom Netz genommen. Seine drei Terawattstunden Jahresleistung wären heute Gold wert. Ihr Ersatz erweist sich bereits als mächtige Herausforderung. Mangellagen führen zu massiven Preissteigerungen. So läuft die freie Marktwirtschaft.

Haushalte und Kleinstbetriebe kommen 2023 wohl mit (saftigen) Aufschlägen von 10 bis 30 Prozent davon. Sie schützt die Bindung an die regionalen Lieferanten vor noch grösseren Tarifexplosionen. Verbraucher von über 100'000 Kilowattstunden pro Jahr konnten ihren Strom seit der geltenden Teilliberalisierung auf dem freien Markt beschaffen. Das hatte durchaus Vorteile. Doch jetzt kommt der Bumerang. Je nach Vertrag und Partner sind untragbare Preissteigerungen von 100 Prozent und mehr durchaus möglich.

Wie ist diesen explodierenden Preisen beizukommen? 1. Der

Bundesrat deckelt den Strompreis. 2. Der Bundesrat beschliesst Härtefallmassnahmen à la Covid-Krise. 3. Der Bundesrat streicht die Teilliberalisierung und führt alle Energiebezüge zurück in die Grundversorgung. Überzeugend ist keines der Konzepte. Es wird sich wohl ein Mix aus allem durchsetzen.

Je nach Berechnungsszenario fehlen uns in der Schweiz in den kommenden Winterhalbjahren zwei bis zehn Terawattstunden Strom. Wir müssen also – neben Sparen – die Produktionschance auf jede Kilowattstunde nutzen. Unabhängig davon, mit welcher Technologie.

Kurzfristig bieten sich dafür zwei Massnahmen. 1. Die Reduktion der Restwassermengen aufs Minimum lässt die Stromproduktion aus Wasserkraft bereits im nächsten Winter um 200 bis 600 Gigawattstunden steigern. Der Bundesrat hat mittels Notrecht die Möglichkeit dazu. 2. Für den Bau von grossen Solaranlagen im Gebirge hat die ständerätliche Kommission unter grossem Zeitdruck dem Parlament den gesetzlichen Rahmen konstruiert. Es kann in der bevorstehenden Session über ein dringliches Bundesgesetz beschlossen werden. Erste deutliche Zugewinne aus PV-Anlagen könnten so, beim nötigen Tempo, ab 2023/24 ans Netz gehen.

Die Chancen für diese Umsetzungen stehen gut. Ein Jahr

vor den eidgenössischen Wahlen will keine Partei den staatlichen Grundauftrag einer sicheren Energieversorgung vermasseln.

Mittel- und langfristig sind die Möglichkeiten der heimischen Wasserkraft, die heute fast 60 Prozent zum Strommix beiträgt, entschlossen und schnell auszuschöpfen. Dafür werden weitere Bauprojekte als jene 15 notwendig sein, über die bisher am runden Tisch diskutiert wurde. Sie sind neben der Stromgewinnung auch fürs immer dringlichere Wassermanagement unabdingbar.

Fördern wir mit allen Mitteln die energetische Eigenständigkeit. Dies mindert die Abhängigkeit vom Ausland. Denn der nächste Hammer wartet schon. Ab 2025 müssen alle europäischen Netzbetreiber mindestens 70 Prozent der grenzüberschreitenden Kapazitäten für den Stromhandel innerhalb der EU frei halten. Das schwächt die Importmöglichkeiten der Schweiz weiter. Geben wir also selbst Gas!



Beat Rieder

1963, stammt aus Wiler. Er ist Ständerat der Mitte Oberwallis. beat.rieder@parf.ch